LANDTAG
NORDRHEIN-WESTFALEN
18. WAHLPERIODE

STELLUNGNAHME
18/3286

A18, A01

Stellungnahme

zum SPD-Antrag „Wirtschaftsstandort NRW und deinen Arbeitsplatz sichern“

Von

Prof. Dr. Torsten Schmidt

Leiter des Kompetenzbereichs „Wachstum, Konjunktur und öffentliche Finanzen“ des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

und

apl. Professor für empirische Makroökonomie an der Ruhr-Universität Bochum

Ausgangslage

Die Wirtschaft Nordrhein-Westfalens befindet sich – wie die deutsche Wirtschaft insgesamt – in einer strukturellen Krise, die mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine und einer zunehmenden internationalen Fragmentierung zu einem wesentlichen Teil internationale Ursachen hat. Zudem muss die Wirtschaft transformiert werden, um den CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Dafür sind auch in der Industrie erhebliche Investitionen notwendig, die sich nur vor Ort lohnen, wenn die Rahmenbedingungen für diese Transformation, z.B. die Verfügbarkeit von Energie, verlässlich gestaltet werden.

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat durch die verhängten Sanktionen zu einem Einbruch der deutschen Exporte nach Russland geführt. Zudem verteuerte sich durch das Ende der Gaslieferungen nach Deutschland die Energie kräftig, wodurch die Produktionskosten vor allem in der in NRW stark vertretenen energieintensiven Industrie gestiegen sind. Beide Faktoren haben zu einem deutlichen Rückgang der Produktion in NRW und in Deutschland insgesamt geführt.

Zudem ist die Phase der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung zu Ende gegangen. In China wurde die Wirtschaft in wichtigen Bereichen modernisiert, so dass sie an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Unternehmen nicht zuletzt aus Deutschland und NRW gewonnen hat. Dementsprechend sinken die hiesigen Exporte nach China deutlich. Eine weiter Beeinträchtigung des internationalen Handels stellt die Zollpolitik der neuen US-Administration dar. Durch die nun erhobenen Zölle auf US-Importe hat sich die Wettbewerbsfähigkeit auch auf diesem wichtigen Absatzmarkt deutlich verschlechtert.

Hiesige Unternehmen passen ihre Produktionskapazitäten inzwischen an diese neuen Bedingungen an. Dadurch gehen Arbeitsplätze vor allem im Verarbeitenden Gewerbe verloren. Diese Analyse deckt sich weitgehend mit dem Befund der SPD-Fraktion.

Die genannten Probleme betreffen die deutsche Wirtschaft insgesamt und nicht nur die in NRW. Viele Lösung müssen daher deutschland- und zum Teil sogar europaweit erarbeitet werden. Die Landesregierung muss allerdings in ihren Verantwortungsbereichen einen Beitrag leisten. Zudem ist es für die wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen von zentraler Bedeutung, dass es sich nicht um eine temporäre Nachfrageschwäche handelt, sondern angebotsseitige Faktoren verantwortlich sind, die über einen längeren Zeitraum anhalten.

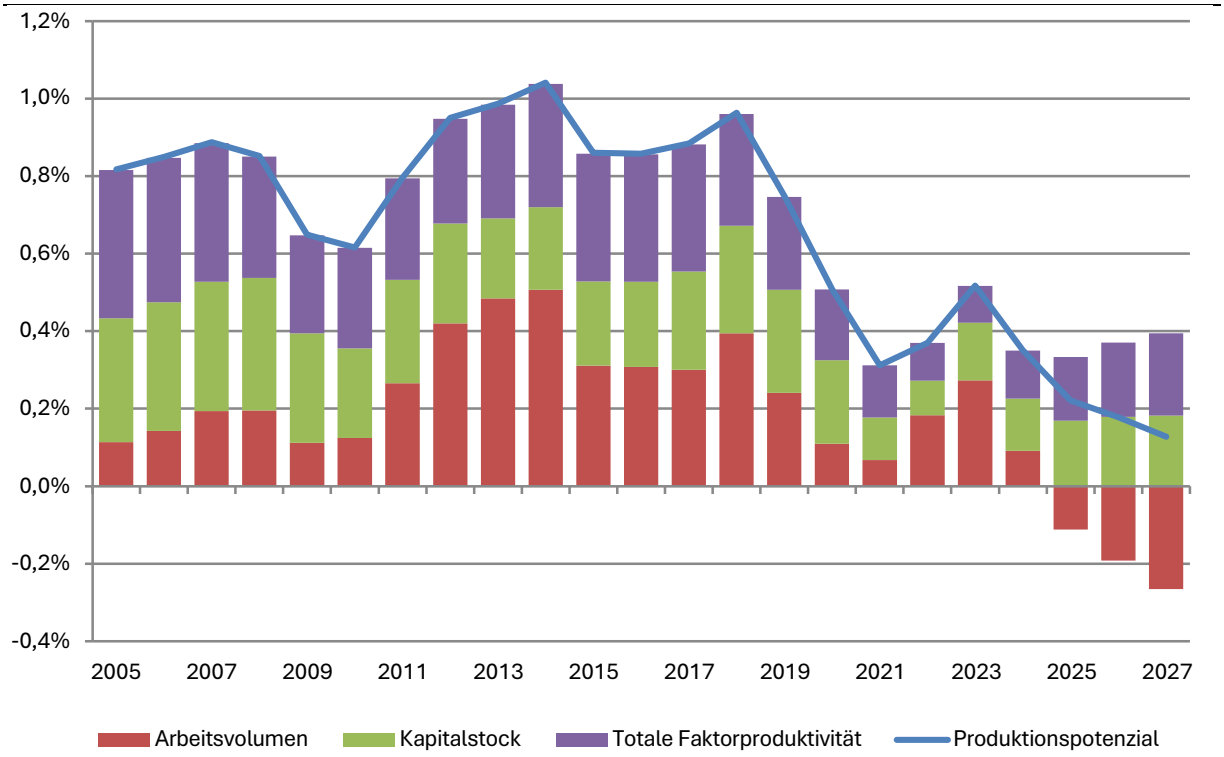
Darüber hinaus wird in dem Antrag der SPD-Fraktion auf den Fachkräftemangel hingewiesen, der sich durch die demografische Entwicklung in den kommenden Jahren noch verschärfen wird. Auch diese Bestandsaufnahmen ist zutreffend.

Insgesamt haben die genannten Entwicklungen bereits in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass das Potenzialwachstum in NRW – wie auch in Deutschland insgesamt – deutlich, von 1 Prozent auf unter 0,5 Prozent gesunken ist (Schaubild).

Schaubild

Wachstumsbeiträge der Produktionsfaktoren zum Produktionspotenzial in NRW

In Prozent bzw. Prozentpunkten



Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis von Daten von IT.NRW.

Handlungsfeld – Forschung und Entwicklung

Um das Potenzialwachstum in NRW zu stärken, muss an den drei zentralen Produktionsfaktoren, Arbeit, Kapital sowie die totale Faktorproduktivität, angesetzt werden.

Der totalen Faktorproduktivität kommt eine besondere Bedeutung zu, weil sie einen deutlichen Effekt auf das Wirtschaftswachstum hat und sie auch bei der Transformation der Wirtschaft zu einer klimaneutralen Produktion eine zentrale Rolle spielt. Wirtschaftswachstum bei gleichzeitiger Einhaltung der Klimaziele ist nur dann möglich, wenn der energiesparende technische Fortschritt deutlich gesteigert wird (Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, 2023). Dafür sind erhebliche Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten notwendig.

Darauf zielen auch die Forderungen der SPD-Fraktion, die CO_2-Abscheidung und -Nutzung zu verbessern sowie neue Technologien zu fördern. Dieser Forderung ist zuzustimmen, wobei die Landessregierung bereits eine Reihe von Projekten in diesem Bereich fördert, so dass die zusätzlichen Bedarfe noch bestimmt werden müssten.

Eines der zentralen Projekte in diesem Bereich in NRW ist die Transformation des Rheinischen Reviers. Diese Region ist nicht nur durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung betroffen, in der Region sind auch viele Unternehmen der energieintensiven Industrie (z.B. Chemie, Baustoffe, Papier) ansässig, die durch die Beendigung der Gaslieferungen im Zuge des Krieges in der Ukraine in ihrer Existenz gefährdet sind. Aus diesem Grund fördert die Landesregierung - unterstützt durch den Bund - Projekte, die z.B. den Ausbau erneuerbarer Energien und moderner Speicherkapazitäten fördern. Durch die Förderung von Projekten im Bereich der Bioökonomie sollen neue Möglichkeiten der Wertschöpfung insbesondere in geschlossenen Stoffkreisläufen entwickelt werden.

Von den insgesamt 12 Mrd. Euro, die für Projekte zur Verfügung stehen, waren Ende des Jahres 2024 allerdings erst 450 Mio. Euro abgeflossen. Verplant waren zu diesem Zeitpunkt 75 Prozent der Mittel (IWH und RWI, 2025). Die begleitende Evaluierung der Maßnahmen zeigt sehr deutlich, dass die Unterstützung des Strukturwandels in allen Braunkohlerevieren viel Zeit in Anspruch nimmt. Aus diesem Grund sollte man die Effekte dieser Maßnahmen abwarten und gegebenenfalls nachsteuern.

Die Evaluierung der Projekte in den Braunkohleregionen hat auch noch einmal den Bedarf einer Finanzierung von Scale-ups offengelegt. Diese bereits seit langem bekannte Finanzierungslücke bei der Entwicklung und Etablierung innovativer Unternehmen wird in NRW inzwischen mit verschiedenen Maßnahmen angegangen. Ein Beispiel ist der neue Fonds der NRW.Bank „NRW.Venture EU Tech&Scale“ mit dem Investitionen finanziert werden können, die nach der Start-up-Phase notwendig sind.

Darüber hinaus gibt es aber noch weitere Möglichkeiten, das Innovationsgeschehen in NRW zu stärken. Dazu zählen z.B. die Unterstützung von kleineren Unternehmen durch eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie die Förderung von Forschungskooperationen (MWIKE, 2025).

Handlungsfeld – Investitionen

Um das Wirtschaftswachstum in NRW zu fördern, ist es darüber hinaus notwendig, dass die Unternehmen wieder bereit sind, hier zu investieren. Die Landesregierung kann dies unterstützen, indem sie die Rahmenbedingungen für Investitionen in NRW verbessert. Die Voraussetzungen dafür sind von der Bundesregierung durch das Sondervermögen für Investitionen und Klimaneutralität verbessert worden. Das Land NRW wird aus diesem Sondervermögen in den Jahren 2025 bis 2036 21 Mrd. Euro erhalten. Davon sollen 12,6 Mrd. Euro an die Kommunen weitergegeben werden. Das Land stockt diese Mittel um 8,7 Mrd. Euro auf. Schwerpunkt dieser Mittel sollen Ausgaben für Bildung und Betreuung, die Digitalisierung von Schulen sowie die Verkehrsinfrastruktur sein. Auch die Sanierung kommunaler Gebäude soll mit den Mitteln finanziert werden.

Insgesamt kann die Modernisierung der Infrastruktur des Landes einen Beitrag leisten, das Investitionsklima in NRW zu verbessern. Eine wichtige Voraussetzung dafür ist allerdings, dass die Mittel zusätzlich eingesetzt werden. Sollte die Mittel lediglich andere Haushaltsmittel ersetzen, dürfte der fiskalpolitische Impuls relativ gering sein. Zudem sind in einigen Bereichen, wie dem Tiefbau die Kapazitäten vergleichsweise hoch ausgelastet. Eine weitere Erhöhung der Nachfrage dürfte daher mit deutlichen Preissteigerungen einhergehen.

Um private Investitionen anzuregen hat die Bundesregierung zudem ein steuerliches Sofortprogramm beschlossen, dass seit Juli 2025 in Kraft ist ("Investitionsbooster"). Wichtige Elemente des Programms sind schnellere Abschreibungen (degressive AfA), Sonderabschreibungen für E-Autos und verbesserte Forschungszulagen. Hiervon sind Effekte im Laufe dieses Jahres zu erwarten. Angesichts dieser neu geschaffenen Investitionsprogramme erscheint ein Transformationsfonds überflüssig.

Die SPD-Fraktion fordert zudem, die Produktion von wichtigen Industriezweigen, genannt werden Stahl, chemische Grundstoffe, Spezialchemie, Pharmaprodukte, Raffinerieerzeugnisse und Automobile, im Land zu halten. Damit sind Industriezweige angesprochen, die von den jüngsten Krisen besonders betroffen sind. Dabei kommt es darauf an, wie diese Produktion im Land gehalten werden soll. Ziel der Maßnahmen muss sein, dass die Unternehmen Produkte anbieten können, die auf internationalen Absatzmärkten wettbewerbsfähig sind. Dazu kann der Abbau landesseitiger bürokratischer Hemmnisse einen Beitrag leisten. Eine öffentliche Förderung an Bedingungen wie Standorttreue, Beschäftigungssicherung, Tarifbindung, Mitbestimmung

sowie bei größeren Aufträgen ein Mitspracherecht der öffentlichen Hand zu binden, erhöht die Kosten der Transformation wieder.

Handlungsfeld – Arbeitskräfte

Die SPD-Fraktion weist völlig zu Recht darauf hin, dass die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt schlecht sind. So sind die Beschäftigungschancen durch die anhaltende Wachstumsschwäche derzeit so gering wie schon lange nicht mehr. Viele Unternehmen, insbesondere des Verarbeitenden Gewerbes, halten sich mit Einstellungen zurück, so dass freiwerdende Stellen nicht neu besetzt werden. Zwar sind in den vergangenen Jahren neue Stellen in den Dienstleistungsbereichen entstanden, diese unterscheiden sich aber bei der gesuchten Qualifikation und auch bei der Entlohnung deutlich von den Stellen, die im Verarbeitenden Gewerbe verlorengehen. Bereits jetzt kommt es dadurch zu einem zunehmenden Fachkräftemangel in bestimmten Wirtschaftszweigen.

Der Fachkräftemangel dürfte sich in den kommenden Jahren verstärken. Bei den Unternehmen ist zu erwarten, dass sich durch die Transformation der Wirtschaft zur Reduzierung der CO_2-Emissionen die Qualifikationsanforderungen verändern (Schmidt et al., 2024). Auch durch die zunehmende Digitalisierung von Arbeitsprozessen ist eine Veränderung der Arbeitsnachfrage zu erwarten. Gleichzeitig sinkt durch den sich verstärkenden demografischen Wandel das Arbeitsangebot, da in absehbarer Zeit mehr Beschäftigte in den Ruhestand gehen und weniger junge Menschen eine Stelle suchen.

Um sich auf die veränderten Qualifikationsanforderungen einzustellen, müssen junge Menschen anders und besser ausgebildet werden. Die Landesregierung kann durch Anpassungen der Bildungspolitik dazu beitragen, junge Menschen auf die beruflichen Herausforderungen von morgen, insbesondere mit Blick auf die Digitalisierung, vorzubereiten. Eine bessere Ausstattung der Schulen mit Computern kann hier helfen. Gleichzeitig muss aber auch das Lehrpersonal entsprechend geschult werden. Um die Schülerinnen und Schüler besser auf ein Studium vorzubereiten sollte der Ausbau der Ganztagsbetreuung beschleunigt werden.

Nicht zuletzt spielen Universitäten und Hochschulen bei der Entwicklung neuer Technologien, bei Ausgründungen und bei der Qualifikation der Arbeitnehmer eine wesentliche Rolle. Die jüngsten Budgetkürzungen erschweren mittelfristig die Entwicklung neuer Technologien und die Vermittlung der entsprechenden Qualifikationen.

Handlungsfeld – Öffentliche Finanzen

Die Modernisierung der Infrastruktur und die Erreichung der klimapolitischen Ziele ist eine längerfristige Aufgabe. Aus diesem Grund darf die Nachhaltigkeit der öffentlichen

Finanzen nicht aus dem Blick verloren werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass im Zuge der Wirtschaftsschwäche der vergangenen Jahre die Verschuldung des Landes und damit auch die Zinssteuerquote, also der Anteil der Steuereinnahmen, der für Zinszahlungen verwendet werden muss, deutlich gestiegen ist. So mussten im Jahr 2024 4,6 Prozent der Steuereinnahmen für Zinszahlungen aufgewendet werden. Da für das Jahr 2026 mit einer deutlichen Neuverschuldung zu rechnen ist, dürften die Zinszahlungen weiter steigen. Dementsprechend werden die Finanzierungspielräume in anderen Bereichen geringer. Wie die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, erhöht sich das Risiko, dass vor allem die Investitionsausgaben reduziert werden. Für die Erreichung der eingangs genannten Ziele ist aber eine längerfristige Steigerung der Investitionsausgaben des Landes und der Kommunen notwendig.

Literatur

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (2023), Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose 2-2023, Halle (Saale).

Beznoska, Martin und Tobias Hentze (2025), Stellungnahme zum Antrag „NRW muss funktionieren – Investitionsstau in NRW angehen, Antrag der Fraktion der SPD im Landtag NRW, IW-Report 52/2025.

IWH und RWI (2025), Begleitende Evaluierung des Investitionsgesetzes Kohleregionen (InvKG) und des STARK-Bundesprogramms - Dritter Zwischenbericht -, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie, Halle (Saale) und Essen, 17. Oktober 2025.

MdF - Ministerium der Finanzen des Landes NRW (2025), Finanzplanung des Landes NRW 2025 – 2029.

MWIKE - Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie (2025), Innovationsbericht NRW 2024.

Schmidt, Torsten, Almut Balleer, Boris Blagov, Eliana Coschignano, Maximilian Dirks, Niklas Isaak, Florian Kirsch, Philip Schacht-Picozzi (2024), Wirtschaft in NRW erholt sich, Konjunkturbericht Nordrhein-Westfalen Juni 2024